

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **35 (1955-1956)**

Heft 5-6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Steuerabbau - Sozialistische Kampfparolen - Ein Rücktritt

Die Finanzlage der Eidgenossenschaft spiegelt immer deutlicher das Bild der guten Konjunkturlage. Auch die jüngst veröffentlichten Zahlen über die Fiskaleinnahmen des Bundes im ersten Halbjahr 1955 ergeben wieder sehr erhebliche Steuereingänge. Dabei handelt es sich beim laufenden Jahr um ein sogenanntes wehrsteuer schwaches Jahr; aber trotz der Mindereinnahme bei der Wehrsteuer im Betrage von 170 Millionen Fr. gegenüber dem wehrsteuerstarken Jahr 1954 sind die Halbjahreseinnahmen im gesamten nur um 94 Millionen geringer als 1954. Wenn man sich diese Zahlen vor Augen hält, so wird die Forderung auf eine erhebliche Steuerreduktion im Bund um so dringender empfunden. Wie man weiß, haben inzwischen die eidgenössischen Räte in der Sommersession in dieser Hinsicht einen entscheidenden Vorstoß unternommen, indem eine gemeinsame Motion der bürgerlichen Parteien angenommen wurde, in welcher der Bundesrat eingeladen wird, spätestens mit dem Voranschlag für 1956 einen Antrag

«für erhebliche, auf den 1. Januar 1956 zu gewährende Steuerermäßigungen vorzulegen».

Die Motion wurde im Nationalrat mit 88 gegen 38 Stimmen und im Ständerat mit 23 Stimmen ohne Opposition angenommen. Es handelt sich dabei um eine Steuerermäßigung im Rahmen von Art. 5 der gegenwärtigen Übergangsordnung; auf dieser Grundlage soll ein gleichmäßiger prozentualer Abbau der wichtigsten Bundessteuern durchgeführt werden. Gemäß den Erklärungen des Chefs des Finanzdepartements hat sich der Bundesrat der Auffassung der bürgerlichen Parteien angeschlossen. Er wird seine Vorschläge voraussichtlich auf die Dezembersession den Räten vorlegen.

Inzwischen ergab es sich aus den Zahlen der letztjährigen Abschlüsse verschiedener weiterer Kantone, daß sich auch auf diesem Felde das Bild der Finanzlage infolge teilweise sehr rasch zunehmender Steuereingänge günstig gestaltet. Es betrifft dies die Staatsrechnung des *Kantons Neuenburg*, ferner diejenige des *Kantons Genf*, der sich, wie man weiß, noch vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges in einer sehr prekären Finanzlage befand, indes nun seit dem Jahre 1949 beträchtliche Einnahmenüberschüsse entstanden sind, so daß die Steuerleistungen bereits gesenkt werden konnten. Günstig ist auch das Bild im *Kanton Thurgau*, wo die Einnahmen aus Staatssteuern im vergangenen Jahr im Vergleich zu dem budgetierten Betrag ebenfalls beträchtlich zugenommen haben. Im *Kanton Waadt* ist festzustellen, daß sich der Steuerertrag auf Vermögen und Erwerbseinkommen in

den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt hat, während das steuerbare Vermögen im selben Zeitraum um 42 %, das Erwerbseinkommen um 82 % gestiegen sind.

Es ergibt sich demnach gesamthaft ein Bild, das sich vor allem für den Bund, aber auch für zahlreiche Kantone ausgesprochen günstig gestaltet.

Im Zuge der Diskussion über einen Steuerabbau ist vor kurzem der Delegierte für Arbeitsbeschaffung, *Direktor Zipfel*, mit einem *eigenen Vorschlag* hervorgetreten, der in der gesamten Presse lebhaft besprochen wurde. Grundgedanke war dabei, die durch eine Steuerreduktion frei gewordenen Gelder den Berechtigten vorläufig nicht zu überlassen, sondern diese Beträge gleichsam zu sterilisieren. Damit sollte einerseits eine im Falle beträchtlicher Steuerentlastungen zu befürchtende Förderung der zweifellos vorhandenen inflationären Tendenzen vermieden, andererseits eine Kaufkraftreserve für Zeiten eines Abbruches der Konjunktur geschaffen werden. Man hat im allgemeinen den Ernst dieses Vorschlages durchaus anerkannt, sich dabei immerhin hier und dort daran erinnert, daß der Delegierte für Arbeitsbeschaffung für die Zeit nach Beendigung des Weltkrieges eine massive Arbeitslosigkeit «vorausgesehen» hatte, während, wie man weiß, das genaue Gegenteil eintraf. Gesamthaft ist zu sagen, daß der Vorschlag von der Presse ziemlich allgemein abgelehnt wurde, indem man ihn einestheils als verspätet betrachtete, und andererseits von der Erwägung ausging, daß dem Steuerzahler mit diesem Vorschlag, der zudem einen sehr dirigistischen Charakter aufweist, keineswegs gedient wäre. Denn was der Steuerzahler heute erwartet, ist eine klare und unverklausulierte Entlastung.

Es geziemt sich, in diesem Zusammenhang festzustellen, daß die Erfolge, welche in den eidg. Räten und bei den zuständigen Stellen des Bundesrates im Sinne einer raschen und wirksamen Steuerentlastung erzielt wurden, in ausschlaggebendem Maße auf die von den *Luzerner Freisinnigen* in die Wege geleitete *Initiative auf Steuerabbau* zurückzuführen sind. Es verdient dabei besondere Anerkennung, daß die Initianten auch gegen teilweisen Widerstand in der Partei selbst fest den einmal gefaßten Entschluß vertreten und durchgesetzt haben, und was die übrigen bürgerlichen Parteien betrifft, so ist ihnen in der Folge, wie man sieht, angesichts der starken Welle, welche durch die Initiative ausgelöst wurde, nichts anderes übrig geblieben, als einzuschwenken. Damit die Bewegung auf Steuerabbau weiter in kräftigem Fluß bleibe, verdient die Initiative auch heute alle Förderung durch eine flotte Beteiligung an der Unterschriftensammlung, welche z. Zt. im Gange ist.

* * *

Den *Sozialdemokraten* hat die Bewegung auf Steuerabbau nicht gefallen. Anlässlich der Beratungen im Nationalrat war ihre Haltung vorerst unsicher. Mit Rücksicht auf die Volksstimmung ging es natürlich nicht anders, als daß sie die Notwendigkeit von Steuerermäßigung grundsätzlich anerkennen mußten, während andererseits verschiedentlich deutliche Abneigung geäußert wurde, welche auch in den Kreisen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes offensichtlich geteilt wird. Die Partei trat dann mit einer eigenen Motion hervor, welche eine massive Erhöhung der steuerfreien Minima, vor allem aber einen scharfen Einbruch in das Gefüge der Warenumsatzsteuer postulierte. Nachdem diese Motion abgelehnt wurde, will die Partei ihrerseits den Weg der Volksinitiative beschreiten. Darin soll, wie man hört, neuerdings vor allem eine fühlbare Herabsetzung der Umsatzsteuer postu-

liert werden, entweder im Sinne einer Ermäßigung des Steuersatzes von 4 auf 3 % oder durch die Forderung auf die vollständige Befreiung der Textilien, welche ihrerseits, sofern auch das Schuhwerk in diese Maßnahme eingeschlossen würde, einen jährlichen Einnahmefall von gegen 80 Millionen Fr. zur Folge hätte. Nachdem bereits die lebensnotwendigen Waren, nämlich die Nahrungs- und Wohnkosten, sowie die Ausgaben für Gas und Licht heute schon steuerfrei sind und bei den Brennstoffen nur 2 % erhoben werden, ist nicht anzunehmen, daß dieser Vorschlag eine ernsthafte Aussicht auf Annahme hätte — bei den eidg. Räten bestimmt nicht, aber auch nicht vor dem Souverän. Erscheinen also die praktischen Aussichten des kommenden sozialdemokratischen Vorstoßes nicht gerade günstig, so dient diese Aktivität wenigstens dazu, die grundsätzliche Abneigung der Partei gegen einen Steuerabbau zu verschleiern.

Hier greifen nun die einem Steuerabbau entgegengesetzten Forderungen der Partei ein, welche auf einen fortgesetzten Ausbau der staatlichen Sozialmaßnahmen auf dem Boden des Bundes abzielen. Die Parolen, welche der Kongreß der SPS vom 2./3. Juli 1955 ausgegeben hat, sind unverkennbar. In ihnen sind drei Forderungen aufgestellt: «Für eine soziale Schweiz», «Wirtschaftliche Sicherheit für alle», «Soziale Sicherheit für alle». Im wesentlichen handelt es sich dabei um eine Auffrischung des Programms «Neue Schweiz», das erstmals auf die Nationalratswahlen 1943 ausgegeben wurde. Das Ziel ist das alte geblieben; es lautet nach wie vor: allmähliche Sozialisierung der Schweiz. So erklärte der Präsident der SPS, Nationalrat Bringolf: «Unser Kampf kann und darf sich nicht in der Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstandes erschöpfen.» Andererseits sind auch die Parolen von Nationalrat Max Arnold, Sekretär des VPOD, deutlich gehalten. Nach ihnen soll sich die Partei in die bestehende Gesellschaftsordnung weder einrichten noch an sie anpassen, weil als letztes Ziel nach wie vor die Überwindung dieser Gesellschaftsordnung Geltung hat. Aus diesem Grunde ist von der Partei eine «soziale Großoffensive» auszulösen. Das Bild rundet sich, setzt man zu den zitierten Äußerungen am sozialdemokratischen Parteikongreß die regelmäßig in der «Berner Tagwacht» publizierte Kampfarbeit in Parallele, welche der Feder von alt Bundesrat Prof. Dr. Max Weber entstammen. Das sind unverkennbare Kampffparolen, und sie richten sich immer schärfer gegen die Finanzpolitik, zu der sich der Nachfolger des kampfflüchtigen Professors und «Tagwacht»-Redaktors entschlossen hat, und die, das ist unbestreitbar, vom Willen der bürgerlichen Parteien gesamthaft getragen wird.

Allein auch gegenüber diesen neuesten und intensivierten Vorstößen läßt sich wohl ohne Schwierigkeiten die Feststellung erneuern, daß sie, wie die Dinge heute liegen, der Partei in ihrem Kampf für die kommenden Nationalratswahlen wenig helfen werden.

* * *

Verschiedene Parlamentarier haben sich entschlossen, auf eine weitere Kandidatur bei den kommenden eidgenössischen Wahlen zu verzichten. Unter ihnen soll hier einer Persönlichkeit gedacht werden, die sich um unser Land, um die Armee und um das ganze Volk große Verdienste erworben hat. Der als Chirurg weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannt gewordene *Dr. Eugen Bircher* ist ein Volksmann im besten Sinne des Wortes. Er hat seine tiefe Verbundenheit mit dem aargauischen Bauerntum nie verleugnet. Verhältnismäßig spät, im Jahre 1942,

trat er als aargauischer Vertreter in den Nationalrat ein. Zu diesem Zeitpunkt war sein Ruf nicht nur als praktischer Chirurg, sondern auch als medizinischer Wissenschaftler, als militärische Führerpersönlichkeit und als Militärwissenschaftler fest begründet. Seine Studien galten neben der Militärchirurgie vor allem der militärischen Geschichte des ersten Weltkrieges, und hier ragt das im Jahre 1918 veröffentlichte Werk «Die Schlacht an der Marne — eine kriegsgeschichtliche Studie» hervor, welches in der militärischen Welt Aufsehen erregte. Die Laufbahn in der Armee führte Bircher zum Kommandanten des Bat. 55, des Inf. Rgt. 24 und der alten Inf. Brigade 12. Im Jahre 1934 wurde ihm das Kommando der alten 4. Division, 1937 die heutige 5. Division anvertraut. Die menschliche Betreuung des Soldaten, die Hebung des Truppengeistes waren ihm stets eine vornehme Pflicht, und er wirkte bahnbrechend in dieser Richtung, bevor die Sektion «Heer und Haus» in Erscheinung trat. Unvergessen ist der Mut, mit dem er am 24. September 1918 dem Generalstreik begegnete, als er vor über 12 000 Aargauern im Amphitheater in Vindonissa zur Treue gegenüber dem Staat aufrief. Im Nationalrat, wo er die Bauern- und Bürgerpartei vertrat, fanden seine Anträge und Voten auf militärischem und medizinischem Gebiet stets einhellige Beachtung. Wer die Freude hat, Oberstdivisionär Bircher näher zu kennen, weiß um seine große Lebenserfahrung, seine tiefe Menschlichkeit und seinen urwüchsigen, oft erfreulich angriffigen Humor. Wir wünschen ihm auch nach seinem Ausscheiden aus dem politischen Leben noch viele Jahre lebhafter Aktivität und guter Gesundheit!

Militärische Umschau

Zersplitterung oder Konzentration der Fliegerabwehr-Mittel?

In unserer Armee, deren schwache Flugwaffe vor allem für die Unterstützung der Erdtruppen bestimmt ist, hat die Fliegerabwehr größere Bedeutung als in der Armee einer Großmacht. Deren Luftstreitkräfte können die Luftherrschaft im Kampfgebiet der Erdtruppen gewährleisten. Leider aber entsprechen Stärke, Bewaffnung, Organisation und Ausbildung unserer Fliegerabwehr nicht in genügendem Maße ihrer Bedeutung und den ihr übertragenen Aufgaben des Raumschutzes und des Objektschutzes gegen Angriffe feindlicher Flieger. Die Durchführung des Rüstungsprogrammes von 1951 weist im Sektor Fliegerabwehr erhebliche Rückstände auf. Wohl ist die Ausrüstung der Infanterie und Artillerie-Flab mit einem neuen, leistungsfähigen 20-mm-Geschütz im Gange, aber die Ausrüstung der eigentlichen Fliegerabwehrtruppen mit modernen Geschützen und Geräten ist offenbar noch in weiter Ferne. Personelle Bestände und finanzielle Mittel bedingen die Stärke der Fliegerabwehr. Je mehr uns in dieser Hinsicht Beschränkungen auferlegt sind, desto mehr muß unsere Armee durch zweckmäßige Organisation und Ausbildung ein Maximum aus den vorhandenen Mitteln herausholen. Statt kraftvoller Konzentration der Kräfte sind aber Ausbildung, Organisation und Einsatz unserer Fliegerabwehrmittel in erstaunlichem Maße zersplittert. Diese Tatsache ist schon seit Jahren in Parlament und Presse vergeblich kritisiert worden.

Die Fliegerabwehr ist auf drei Truppengattungen aufgeteilt. Neben den eigentlichen Fliegerabwehrtruppen (blaue Flab), deren Ausbildung und Verwaltung der Abteilung für Flugwesen und Fliegerabwehr obliegt, verfügen Infanterie und Ar-

tillerie über eigene, «grüne» und «rote» Fliegerabwehr. Dazu kommt in absehbarer Zeit die «gelbe» Fliegerabwehr der Panzerabteilungen.

Die Heeresorganisation unterscheidet zwischen *Armee-flab* und *Flab* der *Heeresseinheiten*. Hinsichtlich Geschützkaliber, Reichweite und Aufgabe unterscheiden wir leichte Flab (20-mm-Geschütze zum Objektschutz bis 1500 m Entfernung), mittlere Flab (34 mm zum Objektschutz bis 3000 m Entfernung) und schwere Flab (7,5 cm zum Raumschutz bis 7 km Entfernung).

Die Armee-flab, einschließlich Flab für Flugplätze und Stauwehren, umfaßt die drei Kaliber und gehört zur Truppengattung der Fliegerabwehrtruppen. In die Flab der Heeresseinheiten teilen sich dagegen die drei erwähnten Truppengattungen. Die Fliegerabwehrtruppen stellen die Flab-Regimenter für die Armeekorps und die Mobilien Leichten Flab-Abt. für die Divisionen, Gebirgsbrigaden und Leichten Brigaden. Die Infanterie stellt die Fliegerabwehrkp. für die Infanterieregimenter des Auszuges und die Grenz-, Festungs- und Reduitbrigaden. Die Artillerie stellt Flabzüge für die mobilen Artillerieabteilungen und die Festungsartillerie. Die Artillerie bildet somit nur Flab-Züge, die Infanterie Flab-Kp., die Fliegerabwehrtruppen dagegen Flab-Abteilungen, bei der schweren Flab sogar Regimenter.

Die Leichten Flab-Mittel einer Division (20 mm) sind auf 8 verschiedene Truppenkörper verteilt:

eine Mob.L.Flav-Abt. zu 3 Batterien,
drei Infanterie-Rgt. mit je einer Flab-Kp.,
vier Artillerieabteilungen mit je einem Flab-Zug.

Ausbildung und Einsatz der Fliegerabwehr leiden unter dieser Situation. Fliegerabwehrtruppen und Infanterie teilen sich sogar schon in die Ausbildung der Rekruten und Kader. Während die Artillerie Rekruten und Kader für ihre Flab-Züge in den Schulen und Kursen der Fliegerabwehrtruppen ausbilden läßt, organisiert die Infanterie eigene Rekruten- und Unteroffiziersschulen für ihre Flab-Kp. Die Flab-Offiziere der Infanterie werden in den allgemeinen Offiziersschulen der Infanterie ausgebildet. Sie erhalten hier wohl eine gute infanteristische Ausbildung, die Fachausbildung in der Fliegerabwehr ist aber problematisch, weil die Gelegenheit zu Scharfschießübungen beschränkt ist. Die erwähnte Teilung beeinträchtigt die Einheitlichkeit der taktischen und schießtechnischen Ausbildung. Bei den kleinen Verhältnissen unserer Armee ist es unrationell, daß sich neben der Fachabteilung für Flugwesen und Fliegerabwehr auch noch die Abteilung für Infanterie mit all den besonderen Problemen des Fliegerabwehrschießens befassen muß. Die festgestellte Zersplitterung beeinträchtigt im übrigen auch die Beförderungsmöglichkeiten der Flab-Offiziere der Infanterie und der Artillerie. Eine Tatsache, die sich schon bei der Auswahl der in Frage kommenden Offiziere nachteilig auswirkt.

In den WK sind die Flab-Zugführer der Artillerie und die Kdt. der Flab-Kp. der Infanterie völlig auf sich selbst angewiesen. Es fehlen die fachtechnisch geschulten Vorgesetzten für Leitung und Förderung der Ausbildung. In der Regel sind weder die Kommandanten der Infanterieregimenter noch jene der Artillerieabteilungen und Stabsbatterien hierzu befähigt und nicht einmal in der Lage, Ausbildung und Einsatz der Flab-Züge und Kompagnien fachtechnisch zu beurteilen. Der einzige fachtechnische Vorgesetzte dieser Formationen, der Chef für Fliegerabwehr im Stabe der Heereseinheit, ist zu weit entfernt, um nachhaltig auf ihre Ausbildung einwirken zu können. Auch sind seine Kompetenzen nicht eindeutig festgelegt.

Die größten Nachteile ergeben sich aber im Einsatz, wenn die Kommandanten von 8 verschiedenen Truppenkörpern über die geringen Fliegerabwehr-

mittel der Division verfügen. Dabei ist die Fliegerabwehr eine ausgesprochene *Schwerpunktswaffe*. «Die Zahl der vorhandenen Fliegerabwehrbatterien kann niemals genügen, um alle schutzwürdigen Objekte und Räume zu decken. Man muß sich darauf beschränken, die wichtigsten kraftvoll zu schützen» (Truppenführung 1951, Ziff. 165). Bei der heutigen Zersplitterung innerhalb der Heereseinheit ist aber eine Schwerpunktbildung durch Konzentration der Flab-Mittel auf die wichtigsten Objekte nicht möglich. Es wird immer wieder vorkommen, daß einzelne Inf.Rgt. oder Art.Abt. für ihre Flab keine richtige Verwendung haben, während an anderen Orten die Flab-Waffen zahlenmäßig nicht genügen. Nur die Zusammenfassung aller Flab-Waffen in der Heereseinheit gibt ihrem Flab-Chef genügend Mittel in die Hand, um wenigstens die wichtigsten Objekte im Bereiche der Heereseinheit mit genügenden Mitteln kraftvoll zu schützen.

Ein weiterer Nachteil der heutigen Organisation liegt darin, daß die Zersplitterung den Aufbau einer einheitlichen Luftbeobachtung, die Verbindung zwischen den verschiedenen Flabkommandanten und den einheitlichen Einsatz der Flabmittel verunmöglicht. Dies alles ist nur möglich bei einer Zusammenfassung der heute verstreuten Flabmittel in Abteilungen und Regimentern, denen die entsprechenden Verbindungsmittel zugeteilt werden.

Bei der Infanterie ist der Einsatz von Flab-Waffen ohnehin problematisch. In der eigentlichen Kampfzone schießen alle schweren Infanteriewaffen, mit Ausnahme der Minenwerfer, direkt und sind daher auch dem direkten Feuer des Gegners ausgesetzt. Ein Einsatz von Flab-Waffen im Bereich des direkten feindlichen Feuers erscheint aber ausgeschlossen. Die Flab-Kp. des Inf.Rgt. wird daher vorwiegend zum Schutz rückwärtiger Verbindungen oder zum Schutze von Verschiebungen eingesetzt. Für beide Aufgaben reichen aber die Flab-Mittel des Regiments nicht aus. Diese Aufgaben müssen von der Heereseinheit gelöst werden, besonders der Flab-Schutz von Truppenverschiebungen in größerem Ausmaß.

Der zentrale Einsatz der Artillerie einer Heereseinheit verlangt auch einen einheitlichen Flab-Schutz für ihre gesamte Artillerie. Für diese Aufgabe reichen aber die 4 Züge nicht aus, vielmehr sind hierfür größere Flabmittel und eine einheitliche Regelung auf der Stufe der Heereseinheit erforderlich.

Die organisatorische Zersplitterung der Fliegerabwehr innerhalb der Heereseinheit bedeutet somit eine Verschleuderung von Personal und Material. Die Zusammenfassung dieser zersplitterten Flab-Mittel würde dagegen die Bildung größerer Flab-Verbände zum wirkungsvollen Flab-Schutz der wichtigsten Objekte der Heereseinheit ermöglichen.

Die zahlenmäßige Schwäche unserer Fliegerabwehr muß dazu führen, die Voraussetzungen für eine bestmögliche Wirkung zu schaffen: nämlich Übertragung der gesamten Ausbildung von Rekruten und Kadern an die hierfür spezialisierte Fachabteilung für Flugwesen und Fliegerabwehr und Zusammenfassung der gesamten leichten Flab der Heereseinheiten in Abteilungen und Regimentern, zu einheitlichem Einsatz und zu wirkungsvoller Konzentration auf die wichtigsten und verwundbarsten Objekte.

Miles

Bericht aus Washington

Es ist gesagt worden, daß es leichter sei, Kriege zu beginnen als Kriege zu beenden; dies trifft für kalte Kriege nicht weniger zu als für heiße. Seit einiger Zeit erkennt man, daß die Spannungen des kalten Krieges nachlassen, oder daß wir wenigstens in eine neue Periode des Ost-Westkonfliktes eintreten. Was auch immer die Ursachen sein mögen — die Schrecken eines Atomkrieges, interne Schwierigkeiten der Sowjetunion oder gar ein grundlegender Wandel der kommu-

nistischen Doktrin seit Stalins Tod —, der Wechsel der Atmosphäre ist unverkennbar und wird von der großen Menge der Völker begrüßt.

Die Gespräche auf höchster Ebene in Genf waren eine Anerkennung dieses Wechsels; ob sie ihn aber wesentlich gefördert haben, bleibt abzuwarten. Ein gewisser Fortschritt ist zweifellos gemacht worden, doch wäre es ein Fehler, ihn zu übertreiben. Der Westen, und Washington im besonderen, haben von Genf wenig erwartet. Um so bedeutsamer ist es, daß verschiedene positive Ergebnisse erzielt wurden und in den USA anerkannt werden.

Am wichtigsten ist vielleicht die Tatsache, daß sich die Führer von Ost und West trafen, zum erstenmal in der Nachkriegszeit formell und informell miteinander sprachen und persönliche Beziehungen pflegten. Wie die Geschichte lehrt, kann dies viel bedeuten. Wichtig ist ferner, daß Eisenhower Gelegenheit hatte, seine ungewöhnliche Persönlichkeit zu zeigen. Nach einem amerikanischen Ausdruck hat er «die Show gestohlen». Daß sein Einfluß auf die Verhandlungen, und ganz besonders auf die sowjetische Delegation, enorm war, scheint aus allen Berichten klar hervorzugehen.

Von der Spitze nach unten

Berge werden gewöhnlich von unten erklommen, und die sich türmende Menge noch zu lösender internationaler Probleme bildet keine Ausnahme dieser Regel. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, überrascht es nicht, daß die Gespräche an der Spitze keine konkreten Lösungen der so verwickelten Probleme wie der Wiedervereinigung Deutschlands, der europäischen Sicherheit, der Abrüstung und des Abbaues der Schranken des Eisernen Vorhangs bringen konnten. Nur durch eine höchst sorgfältig arbeitende Diplomatie und eine Schritt für Schritt versuchte Verständigung lassen sich schließlich Lösungen erreichen — nicht anders als wie beim Bergsteigen.

Um Fortschritte zu erzielen, müssen aber der Wille und der richtige Geist vorhanden sein, und die Bedeutung der Genfer Konferenz liegt darin, daß diese Voraussetzungen in Bildung begriffen sind. Damit stellen sich wichtige Fragen: Sind wir tatsächlich bereit für einen solchen Wechsel? Was werden die Wirkungen auf den Westen, besonders auf die USA sein?

Ein Austausch von Herausforderungen, Beschimpfungen und Begehren charakterisierte den kalten Krieg, bis die neue Stimmung aufkam. Beide Seiten verlangten von der anderen, dieses oder jenes müsse als Beweis des guten Willens und als Vorbedingung ernsthafter Verhandlungen getan werden. Schon vor Genf und am Genfer Treffen selbst waren Anfänge gegenseitiger Befriedung sichtbar. So schlossen die Sowjets den lang erhofften österreichischen Staatsvertrag und zeigen alle Bereitschaft, ihm nachzuleben. Und die USA, die seinerzeit den Vorschlag Stalins zurückwies, die Großmächte sollten ihre Angelegenheiten ohne Beteiligung der kleineren Staaten regeln, ließen in Genf gerade eine solche Atmosphäre aufkommen. Die Gespräche an der Spitze wurden tatsächlich eine Konferenz der «Großen Zwei». Die führenden Figuren waren Eisenhower und die Sowjetdelegation, während sich Eden und Faure mit einer zweitrangigen Rolle abfinden mußten.

Die amerikanische Einstellung

Das Volk der USA ist nicht weniger als irgend ein anderes hungrig nach wahren Frieden, einem Ende der Lasten der Aufrüstung und einem Nachlassen der Spannungen einer den Krieg fürchtenden Welt. Als raschlebiges Volk haben die Amerikaner auf den Wechsel in der internationalen Atmosphäre schnell reagiert. Sie erwarten nun bis zu einem vielleicht gefährlichen Grad eine rasche Verbesserung in den Ost-Westbeziehungen und einen wirklichen Fortschritt zu einer endgültigen

Regelung. Ihre Abgeordneten in Washington sind vorsichtiger; die einen ehrlicher-weise, die anderen deshalb, weil sie ihre politische Existenz auf der Grundlage des Hasses des kalten Krieges aufbauten und sich, ohne je mit der Möglichkeit einer Entspannung zu rechnen, persönlich und politisch in einer antisowjetischen Psychose verfangen haben. Diese letztere Gruppe, zu der einige der einflußreichsten Glieder der eigenen Partei des Präsidenten gehören, bilden das schwierige Problem. Denn während die ehrlichen Skeptiker im Falle genügender Beweise für einen wirklichen Wechsel empfänglich sind, vermögen die anderen solche Beweise nicht zu erkennen und sind durchaus in der Lage, die Entwicklung zu hemmen.

Anders ausgedrückt kann man sagen, daß ein gewichtiger Teil der öffentlichen Meinung der USA das Problem des internationalen Kommunismus nach der amerikanischen Redeweise «Leoparden ändern sich nicht» betrachtet. Wenn auch wenige es so offen sagen, ist der Kern ihrer Meinung doch, das Problem könne nur dadurch gelöst werden, daß der Leopard im Käfig behalten und vielleicht zuletzt erschossen wird. Für eine andere Lösung sind sie psychologisch nicht vorbereitet.

Eisenhower machte es klar, daß er diese pessimistische Auffassung nicht teilt. Die Weite und die schöpferische Natur seiner Einstellung läßt sich aus den Protokollen der Genfer Konferenz erkennen. Und es darf kein Irrtum bestehen: Was er in Genf tat und sagte, entsprach wirklich der Einstellung der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes. Seine gewaltige persönliche Popularität in den USA ist zudem eine Garantie dafür, daß er Hindernisse überwinden wird, sofern ihm solche durch die unnachgiebige Minderheit in den Weg gelegt werden sollten. Die unzufriedenen Glieder seiner eigenen Partei waren bisher allerdings vorsichtig genug, still zu bleiben.

Der Einfluß auf die amerikanische Politik

Es wird interessant sein, den Einfluß all dieser Ereignisse auf die amerikanische Innenpolitik zu verfolgen. In den jüngsten Monaten erhielt Eisenhower in seiner Friedenspolitik die stärkste Unterstützung durch seine politische Opposition, die demokratische Partei. Daraus kann gefolgert werden, daß die Außenpolitik bei den nationalen Wahlen von 1956 wahrscheinlich keinen wichtigen Streitpunkt bilden wird. Dies ist selbstverständlich nur wünschbar und ist ein gutes Vorzeichen für die internationalen Verhandlungen, welche die USA in den nächsten zwei Jahren zu führen haben.

Eine weitere Folge wird vermutlich sein, daß Eisenhower für eine zweite Amtsdauer kandidieren wird. Dies erschien schon vor einiger Zeit wahrscheinlich, und wenn sich nun der in Genf erzeugte Optimismus als gerechtfertigt erweist, wird der Druck auf den Präsidenten, erneut zu kandidieren, noch wachsen. Im übrigen mag auch sein eigener Wunsch, das Begonnene fortzuführen, die Frage entscheiden.

Eine wichtige Konsequenz mag sodann in einer beträchtlichen Änderung der Einstellung Washingtons zu den Fernost-Problemen liegen. Eine leichte Milderung der Spannungen wurde schon vor einigen Monaten offenbar, machte aber erst langsame Fortschritte, nicht nur wegen der Unnachgiebigkeit Rotchinas, sondern auch deshalb, weil die amerikanischen Auffassungen im Hinblick auf Tschiang Kai-Schek undurchsichtig waren. Nachdem nun aber die chinesischen Kommunisten offenbar einen de facto-Waffenstillstand in der Straße von Formosa akzeptieren und amerikanische Gefangene freigelassen haben, und nachdem auch amerikanisch-chinesische Gespräche in Genf zustande gekommen sind, ist in der asiatischen Sphäre der Weltpolitik die Möglichkeit für eine Wendung zum Besseren geschaffen.

Allzu viel Optimismus im Hinblick auf den Fernen Osten wäre allerdings gefährlich. Besser ist es, zu erkennen, daß die Probleme dort noch schwieriger sind als in Europa. Wenn aber der Geist der Genfer Konferenz bleibt, wird er sich vielleicht bis zu den Küsten Chinas ausbreiten und es könnte sich in Washington eine neue und beweglichere Einstellung zu den asiatischen Fragen entwickeln.

Was sich nicht ändern wird

Genau so wie wir erwarten können, daß die Entwicklung nach der Genfer Konferenz bemüht langsam sein wird, so können wir sicher sein, daß kein rascher Wechsel in den Verteidigungsbemühungen des Westens eintreten wird. Im Gegenteil, der Rüstungswettkampf wird fortauern und sich vielleicht sogar beschleunigen, selbst dann, wenn die Diplomaten über Frieden und Abrüstung sprechen.

Die USA werden weiterhin über 30 Milliarden Dollars jährlich für ihre eigene Verteidigung ausgeben und etliche weitere Milliarden an die Verteidigungskräfte ihrer Alliierten beitragen. Die Aufrüstung Westdeutschlands wird vorwärtsgehen, und die Japaner werden gedrängt werden, selbst etwas zu ihrer eigenen Verteidigung zu unternehmen. Die amerikanische Luftmacht wird wachsen, angetrieben von der Erkenntnis, daß die sowjetische Luftmacht stets gewaltiger wird.

Weitsichtige Männer der Regierung werden auf eine Ausdehnung der amerikanischen Wirtschaftshilfe drängen. Sie werden geltend machen, daß wir in einer allfälligen Periode friedlichen, wirtschaftlichen und politischen Wettbewerbs zwischen Ost und West dafür sorgen müssen, daß der Westen das Rennen gewinnt. Hiefür die Unterstützung des Volkes und des Kongresses zu finden, wird freilich schwierig sein.

Die kommenden Monate werden ein Prüfstein für Eisenhowers Führung sein. Einerseits wird er die in Genf gesäte Saat pflegen und dem friedlichen Streben des amerikanischen Volkes Ausdruck geben, andererseits aber wird er Unterstützung des größten militärischen Programms fordern, das die USA bisher in Friedenszeiten aufgestellt haben. Er wird sowohl die Kriegstreiber als auch diejenigen, die allzu rasch die Morgenröte eines neuen, friedlicheren Tages verkünden, im Zügel halten müssen. Das gesunde Urteil und die Zurückhaltung, die von ihm verlangt werden, sind vielleicht die gleichen Qualitäten, die jedermann, in den USA und anderswo, zu erwerben trachten sollte.

Richard J. Davis

Bericht aus Cypern

Famagusta / Cypern

Der Hafen von Famagusta ist mit Schiffen angefüllt. Sie löschen militärischen Nachschub und Versorgungsgüter für die englische Division, deren Zeltlager sich um die Stadt und entlang der vorzüglichen Straße nach der Hauptstadt Nicosia ausdehnen. Die Truppen sind vor kurzem vom Suezkanal hierher verlegt worden. Ihre Streifen und Posten bringen eine kriegerische Note in das buntfarbige halb europäische, halb orientalische Straßenbild. Seit dem Aufruhr in der ersten Aprilwoche, der mehrere Tote forderte, ist die Ordnung äußerlich zwar wiederhergestellt, aber die Unruhe dauert unter der Oberfläche an. Mit allen Mitteln der Agitation, Demonstration, Sabotage und des Aufruhrs sucht die Masse der Cyprioten, den Anschluß ihrer Insel an Griechenland zu ertrotzen, und England wehrte sich aus Gründen der Politik, der Strategie und des Prestiges ebenso verbissen mit Standrecht und Gefängnis gegen die Aufgabe seiner Kronkolonie.

Das formale Recht ist auf seiten Großbritanniens: Cypern hat staatsrechtlich niemals zu Griechenland gehört. Es war zur Zeit der Kreuzzüge ein selbständiges Königreich, wurde dann zeitweise von Venedig besetzt und ist seit dem Ausgang des 16. Jahrhunderts ein Teil des osmanischen Reiches gewesen, bis England die Insel 1878 von den Türken als Vorposten gegen die Expansionsgelüste des zaristischen Rußland pachtete und sie 1914 zur Kronkolonie machte. Aber Cypern ist uralter hellenischer Siedlungsraum und seine heutige Bevölkerung von 500 000

Köpfen ist, wenn auch unter Beimischung genuinesischen, venezianischen und arabischen Blutes, zu 80% griechisch. Diese Majorität, in der «Enosis» (= Anschluß) zusammengeschlossen, verlangt, geführt vom griechisch-orthodoxen Klerus und von den Intellektuellen, unter Berufung auf das durch die Vereinten Nationen verkündete «Selbstentscheidungsrecht noch nicht selbständiger Gebiete», den Anschluß an Griechenland.

Die britische Regierung erklärte die Cypernfrage für eine innerenglische Angelegenheit, die sich der Zuständigkeit der UNO entziehe, und letztere hat denn auch 1954 die Behandlung dieses Gegenstandes auf unbestimmte Zeit vertagt. Das war das Signal zu immer gefährlicher werdenden antibritischen Demonstrationen auf der Insel, in deren Verlauf Bilder der englischen Königin zerrissen wurden. In Auswirkung von Ungeschicklichkeiten der englischen Verwaltungsbehörden steigerten sich die Tumulte im Dezember 1954 zu offenem Aufruhr. Seither haben sich die Bombenwürfe und Sprengstoffanschläge gegen englische Anlagen fast allmonatlich wiederholt. Dabei machten sich auch, pseudo-nationalistisch getarnt, kommunistische Strömungen bemerkbar und es ist bezeichnend, daß bei den Kommunalwahlen zwischen 30 und 40 % kommunistische Stimmen abgegeben wurden.

Die Regierung in London hat in wiederholten Protestnoten Griechenland beschuldigt, die antibritischen Gewalttätigkeiten angestiftet oder doch durch offizielle Radiosendungen geschürt zu haben. Die griechische Regierung ist zwar von den Ausschreitungen abgerückt, hat jedoch ihre Sympathie mit dem Anschlußbegehren der Cyprioten erklärt. Gegenüber dem englischen Hinweis auf die strategische Bedeutung Cyperns für die Verteidigung des Westens betont Griechenland seine Mitgliedschaft in der NATO wie im Balkanpakt, die Gewähr dafür biete, daß Cypern auch nach einem Anschluß strategisch im Sinne des Westens verwendet werden würde. Überdies sei die griechische Regierung gegebenenfalls bereit, mit England über die Beibehaltung von Stützpunkten zu verhandeln. Bei der Ablehnung dieser Vorschläge hat die englische Regierung vermutlich an ihre schlechten Erfahrungen mit derartigen militärischen Niederlassungen auf fremdem Gebiet gedacht.

Auch die Türkei hat sich, unter Hinweis auf die türkische Minderheit von 20 % der Bevölkerung, entschieden gegen die Vereinigung Cyperns mit Griechenland ausgesprochen und die Athener Regierung beschuldigt, durch ihre Agitation das Balkanbündnis erschüttert zu haben. Außerstenfalls könne sich die Regierung in Ankara mit einem englisch-türkisch-griechischen Kondominium über Cypern einverstanden erklären.

Es ist bezeichnend, daß im Zusammenhang mit der Cypernfrage falangistische Blätter in Spanien erklärten, daß nun auch das Problem Gibraltar wieder aufge- rollt werden müsse. Auch in der Kronkolonie Malta ist die Lage krisenhaft geworden, wenn hier die Tendenzen auch andere als in Cypern sind. Schließlich war es angesichts der seit Byrons Tagen sehr starken Gräkomanie in England für die britische Regierung nicht leicht, im eigenen Parlament ihr unerschütterliches «Nie- mals» gegenüber der Enosis zu vertreten, zumal selbst Churchill in diesem Zu- sammenhang sein berühmtes «never say never» ausgesprochen hatte. Hieraus erklärt sich auch die zurückhaltende Sprache der englischen Presse in der ganzen An- gelegenheit.

Von Amerika aus gesehen erscheint der Streit um Cypern lediglich als pein- liches und unnötiges Hindernis auf dem Wege zur Stabilisierung der Verhältnisse im Vorderen Orient, also genau das Umgekehrte von der Betrachtungsweise in der Formosa-Frage.

Der Streit um Cypern bedeutet sowohl eine ernste Belastung für den Atlantik- Pakt, wie für die Balkan-Allianz, und er gefährdet auf das schwerste die Ge- schlossenheit in der Flanke der westlichen Verteidigungsfront, die z. Zt. notwendiger denn je ist.

Die seit jeher große strategische Bedeutung Cyperns ist seit der Räumung

der Suezkanal-Basis noch gewachsen. Die Insel — die drittgrößte des Mittelmeeres — liegt als unversenkbarer Flugzeugträger 65 km vor der Bucht von Iskenderun, 150 km vor der syrisch-libanesischen Küste und 400 km von Alexandrien entfernt. Sie ist der «frontnächste» der drei englischen Stützpunkte im Mittelmeer: Gibraltar-Malta-Cypern. Hier ist der Punkt, von dem aus die Verteidigung der NATO mit derjenigen des Nahen Ostens koordiniert werden muß, und hier ist sowohl der Rückhalt für die türkisch-irakisch-pakistanische Sicherung gegen eine russische Expansion in Richtung der arabischen Ölfelder, wie die Basis für etwaige Operationen gegen Südrußland und Zentralasien, im besonderen gegen die russischen Erdölgebiete und Industriebezirke am Schwarzen und am Kaspischen Meere.

England richtet sich im Nahen Osten neu ein. Nachdem sich Ägypten, trotz der befriedigenden Regelung des Suez-Problems, einer großzügigen Verteidigungsorganisation der arabischen Staaten versagt hat, beginnt Großbritannien sich in Richtung der Türkei zu orientieren, die durch ihre mehrseitigen Bündnisse das Bindeglied zwischen der NATO, dem Balkanpakt, dem Irak und Pakistan darstellt, und militärisch der einzige ernst zu nehmende Faktor im Nahen Osten ist. Es liegt im Sinne dieser Neuorientierung, daß ein Teil der am Suezkanal frei gewordenen englischen Truppen nach Cypern verlegt worden ist — andere Verbände wurden in Jordanien und in Libyen untergebracht — und der Ausbau der Insel zu einem allen Anforderungen genügenden See- und Luftstützpunkt beschleunigt wird. Es war auch keineswegs eine Verlegenheitslösung, daß der britische Oberkommandierende für den Mittleren Osten, dessen Befehlsbereich bis Aden und Ostafrika reicht, vom Suezkanal nach Cypern übersiedelte.

Es sind nicht in erster Linie Imponderabilien des politischen Prestiges, sondern reale strategische Notwendigkeiten, die einen Verzicht Englands auf Cypern ausschließen, mindestens solange, als die weltpolitische Gesamtlage nicht eine grundlegende Umgestaltung von Dauer erfahren hat. Die Aufgabe des britischen Protektorates über Cypern scheint auch keineswegs im Interesse der Bevölkerung zu liegen, der es — wie alle Fahrten über die Insel zeigen — unter einer sauberen und fürsorglichen englischen Verwaltung wirtschaftlich wie kulturell weitaus besser geht, als dies unter einer andern Staatszugehörigkeit je der Fall sein könnte.

Die Cypernfrage ist weniger ein machtpolitisches als ein staatsmännisches Problem, und es entspricht englischer Regierungskunst, wenn in rechtzeitiger Anpassung an eine veränderte Situation nunmehr, unter Wahrung des grundsätzlichen britischen Besitzrechtes, Einladungen an die griechische und an die türkische Regierung zu einer Konferenz in London ergangen sind, auf der die Verteidigungslage im östlichen Mittelmeer besprochen und ein realistischer Kompromiß für den Status Cyperns gefunden werden soll, der vielleicht zunächst in einer vermehrten Selbstverwaltung vermutet werden kann.

A. L. Ratcliffe

Bericht aus Westdeutschland

Krise der deutschen Außenpolitik

Während eine Kommission russischer Agronomen allgemein bestaunt und bejubelt im Siegeszug durch den amerikanischen Staat Iowa reiste und in London die Pläne für ein Denkmal entworfen werden, mit dem das Grab von Karl Marx (vor dem geplanten Bulganin-Chruschtschew-Besuch) geschmückt werden soll, dämert den Deutschen allmählich, was für sie die koexistenz-selige Verbrüderungsstimmung bedeutet. Stieg manchem schon in Genf der Verdacht auf, die Russen hätten keinerlei Interesse mehr an der Wiedervereinigung Deutschlands, und wurde dieser Eindruck durch die Kundgebungen der sowjetischen Machthaber in Ost-

berlin und der Sowjetzone noch verstärkt, so hat die Rede Bulganins vor dem Obersten Sowjet am 4. August nun wirklich gar keinen Zweifel mehr daran gelassen.

Szenenwechsel: Genf, Pankow, Moskau

Es ist höchst aufschlußreich zu beobachten, wie verschiedenartig die Akteure Bulganin und Chruschtschew sich auf den drei Bühnen: Genf, Pankow und Moskau verhalten haben. In Genf, wo es darum ging, dem Westen, der Welt, das Bild vertrauenswürdiger, gesitteter, friedensgläubiger Staatsmänner vor Augen zu führen, haben sie der Direktive für die Außenministerkonferenz im Oktober zugestimmt, die als 1. Punkt der Tagesordnung deutsche Wiedervereinigung und europäische Sicherheit nennt. Anders in Ostberlin. Dort sagten sie, man müsse verhindern, daß die deutsche Frage zu einem Hindernis der europäischen Sicherheit werde. «Die Deutschen müssen die deutsche Frage selber lösen», rief Chruschtschew auf dem Marx-Engels-Platz in Berlin. Und Grotewohl echote: «ohne die Annäherung zwischen der DDR und der Bundesrepublik ist die Lösung der deutschen Frage unmöglich.» Die Betonung also lag auf der Annäherung im Rahmen des status quo. In Moskau schließlich, heimgekehrt in die vertraute Umgebung beifallbereiter Untertanen, die mit lautem Gelächter die Beschreibung des Eisenhower'schen Vorschlages zur gegenseitigen Kontrolle militärischer Anlagen quittierten, gaben sie ganz unumwunden zu, daß sie die Teilung Deutschlands aufrecht zu erhalten wünschten. Bulganin erklärte dem Obersten Sowjet, auf der Konferenz der Regierungschefs habe sich herausgestellt, «daß sich hier (in der deutschen Frage) zwei völlig verschiedene Haltungen gegenüberstehen». Und weiter sagte er: «Der Sicherheitsplan, den der britische Premier vorgelegt hat, kann positiv für die europäische Sicherheitsfrage sein, wenn er die Teilung Deutschlands in zwei Teile berücksichtigt.» Und an anderer Stelle: «Es ist unmöglich, die Wiedervereinigung Deutschlands durch ein mechanisches Verschmelzen der beiden Deutschlands herbeizuführen, solche Pläne sind zum Scheitern verurteilt, weil sie unrealistisch sind...»

Warum die Abkehr von der Wiedervereinigung?

Dort also, in Moskau, gaben die in Genf salonfähig gewordenen sowjetischen Staatschefs zu, daß sie bei dem Punkt 1 der Direktive: Deutsche Wiedervereinigung und europäische Sicherheit, nicht an die Herbeiführung, sondern an die Verhinderung der Wiedervereinigung denken. Warum? Wieso wollen die Sowjets, die jahrelang mit der Wiedervereinigung Propaganda gemacht haben, nun mit einem Mal nichts mehr von ihr wissen? Die Wiedervereinigung war für sie nur so lange interessant, als sie meinen konnten, es werde ihnen gelingen, durch ein besonderes Wahlgesetz, das sie ausgetüftelt hatten, und durch andere Tricks, den kommunistischen Einfluß aus der DDR wenigstens im gewissen Maße auf Gesamtdeutschland zu übertragen. Diese Hoffnung mußte mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge zerrinnen; denn die Pariser Verträge waren ja ein sichtbarer Beweis für die unter den ständigen kommunistischen Aggressionen endlich zustande gekommene gemeinsame westliche Front. Moskau mußte sich darum entschließen, zu einer neuen Taktik überzugehen. Im globalen Bereich entschloß es sich zu versuchen, die Spannung abzubauen, unter der jene unbequeme Front zustande gekommen war — hoffend, daß im Zeichen der Entspannung die Front wieder an Gewicht verlieren werde. Im lokalen Bereich Deutschland aber hat es offenbar den Entschluß gefaßt, zu halten, was es hat und auf eine bessere Gelegenheit zu warten. Wahrscheinlich denkt man in Moskau, besser die kommunistisch durchorganisierte DDR in der Hand — und wenn auch nur als Lockspatz —, als die gesamtdeutsche Taube nicht nur auf dem Dach, sondern womöglich im Käfig des Westens.

Hebel und Blockierung zugleich

Jene merkwürdige Doppelfunktion der Pariser Verträge, nämlich einmal als Hebel für die Entspannung gewirkt und gleichzeitig die Wiedervereinigung blockiert zu haben, ist der Grund, warum die Pariser Verträge in Deutschland von den einen als das einzige Code-Wort angesehen wurden, mit dem man sich das Reich hinter dem Eisernen Vorhang erschließen könne, von den anderen aber als das Gegenteil, also als Sperre auf dem Weg zur Wiedervereinigung, eben weil die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO den Zusammenschluß mit der DDR verhindere. Jede der beiden Seiten meinte, die Entwicklung der letzten Wochen gäbe ihr recht. Diejenigen, die immer sagten, hinter dem Eisernen Vorhang verstehe man nur die unmißverständliche Sprache der Stärke, darum müßte die Wiederbewaffnung Deutschlands durchgeführt werden, sehen ihre Anschauung bestätigt. Die Entspannungsversuche: österreichischer Staatsvertrag, Besuch in Jugoslawien, Genfer Konferenz begannen tatsächlich sofort nach der Ratifizierung jener Verträge. Aber auch die anderen können jetzt mit dem Beweis ihrer Theorie, daß nämlich dadurch die Wiedervereinigung verhindert werde, aufwarten. Die ganz radikalen Verfechter der beiden sich widersprechenden Theorien bestehen weiter auf der Verfolgung ihrer jeweiligen Thesen.

Die Befürworter der Verträge sagen: jetzt so rasch wie möglich die 12 Divisionen aufstellen; haben wir die Sowjets mit Hilfe der Nato-Politik «weich gemacht» und dazu gebracht einzulenken, so wird die beschleunigte Fortsetzung dieser Politik gewiß weitere Früchte tragen. Die Gegner erklären: im Gegenteil, man muß den Stein des Anstoßes aus dem Weg räumen. Man muß, meinen sie, mit Zustimmung der westlichen Alliierten die Bundesrepublik aus der NATO wieder herauslösen, Garantien für die Neutralisierung Gesamt-Deutschlands bieten (was sehr schwierig ist, weil heute niemand befugt ist, für das wiedervereinigte Deutschland bindende Erklärungen abzugeben), und dann muß man die Wiedervereinigung der beiden Teile durch freie Wahlen in Angriff nehmen.

Die meisten sind ratlos . . .

Diese sehr ausgesprochenen Meinungen werden aber wie gesagt nur von verhältnismäßig wenigen vertreten; das Gros der Menschen, der denkenden und der nicht denkenden, ist ratlos und sieht besorgt der Reise Adenauers nach Moskau entgegen, nicht wissend, mit welcher Konzeption der Kanzler dorthin reist, ob mit der alten: kein Gespräch mit der DDR, die für uns nicht existiert, oder mit einer irgendwie modifizierten. Im allgemeinen verspricht man sich nicht viel Gutes von dieser Reise. Man meint, entweder werde Adenauer (was nicht wahrscheinlich ist) die Wiedervereinigung versprechen, als Gegengabe für eine Neutralisierung Deutschlands — ein Geschäft, das er zweifellos ablehnen würde (nähme er es aber an, würde er sich außenpolitisch diskreditieren), oder man bietet ihm gar nichts an, dann wird es heißen, das hat er sich und seiner einseitigen Außenpolitik zuzuschreiben. Soviel jedenfalls steht fest: dies ist die schwerste Krise, in der die deutsche Außenpolitik unter Adenauer sich bisher je befand.

Gräfin Marion Doenhoff

Bericht aus Südkorea

Kriegsmäßige Atmosphäre

Das Leben ist recht unbequem und strapaziös in diesem Lande, in dem erst vor zwei Jahren der Waffenstillstand von Pammunjon abgeschlossen wurde. Süd-

korea ist immer noch das Land der zerschossenen Gebäude, der in den Flüssen liegenden Brücken, der miserablen Telefonverbindungen, des Wassermangels, der schlechten Straßen und des wimmelnden Militärs. Es gibt hier mehr Jeeps als gewöhnliche Autos, und die weiß-behelmten amerikanischen und südkoreanischen Militärpolizisten scheinen allgegenwärtig zu sein. Man könnte heute von zwei Korea sprechen, von dem offiziellen, modernen Korea, repräsentiert durch das Militär, die Regierung der Rok (Republic of Korea) und mehrere amerikanische und internationale Organisationen, und von dem alten «Land der Morgenstille», etwa vertreten durch die würdigen alten Herren in weißen Gewändern, die in den entlegenen Gegenden immer noch den schwarzen zylinderartigen Hut tragen. Doch auch das Korea des Flüchtlingselends sei nicht vergessen, denn die Rok hatte 3 bis 4 Millionen Flüchtlinge aus dem kommunistischen Norden aufzunehmen.

Die achte Armee, die hier stationiert ist, deren Oberkommando sich aber in Tokio befindet, bildet nicht die einzige militärische Vertretung der Amerikaner — exakt ausgedrückt der Vereinigten Nationen — in der Rok. Daneben besteht das große, rein amerikanische «Korean Civil Assistance Command», durch dessen Hände bisher ein sehr großer Teil der Gelder der FOA (Foreign Operations Administration) ging. Außerdem arbeitet hier — um nur die wichtigsten Gruppen zu nennen — die nicht weniger als 1700 Offiziere und Unteroffiziere umfassende «Korean Military Advisory Group», die offiziell die Rok-Armee berät, in Wirklichkeit diese aber auch kontrolliert. Denn es besteht die latente Gefahr, daß der verbitterte Dr. Syngman Rhee, Präsident der Rok, der vergeblich auf die Wiedervereinigung Koreas wartet, eines Tages seine Truppen über den 38. Breitengrad schicken könnte, selbst auf die Gefahr hin, dadurch einen dritten Weltkrieg zu provozieren.

Munsan-ni und Pammunjon

Selbstverständlich sind hier auch die Vereinigten Nationen tätig, vertreten durch die Unkra (United Nations Korean Reconstruction Agency) und die Uncurk (United Nations Commission Unification Rehabilitation Korea). Die wichtigste Untergruppe ist aber wohl die Waffenstillstandskommission, die in Munsan-ni, an der Grenze des Niemandlandes sitzt. Munsan-ni ist kein schlechter Ort für eine Kommission, die für den Frieden wirken soll, denn an dieser Stelle stand noch vor fünf Jahren eine Stadt von 40 000 Einwohnern, die während der Kampfhandlungen dem Erdboden gleichgemacht wurde — nichts als einige wenige grasüberwachsene steinerne Überreste sind heute zu erblicken. Ungefähr eine halbe Autostunde von Munsan-ni entfernt, im Niemandland, liegt Pammunjon, der historische Ort des Waffenstillstandes von 1953 und des Kriegsgefangenen austausches. Hier hat sich die neutrale Überwachungskommission, bestehend aus Schweden, Schweizern, Polen und Tschechen, niedergelassen, wobei die Vertreter der kapitalistischen Länder bescheiden in im Sommer einfach unerträglich heißen (44 bis 45 Grad) und im Winter kalten Zelten wohnen, während die Herren Kommunisten sich klugerweise richtiggehende Häuser gebaut haben. Es sind, wie bekannt, Bestrebungen im Gange, diese Überwachungskommission einzuschränken (oder gar sie abzuschaffen), weil ihre Tätigkeit teilweise nicht viel mehr als eine Farce darstellt. Dementsprechend hat die kommunistische Seite sich kürzlich bereit erklärt, zwei ihrer fünf «Einfuhrorte» nicht mehr zu benutzen, nachdem die Vereinigten Nationen schon vor einiger Zeit zwei solcher Plätze aufgegeben haben. Das bedeutet, daß die Anzahl der neutralen Kontrollgruppen, die an diesen Orten saßen, reduziert werden kann. Die sogenannten Einfuhrorte dienen der Ablösung von Truppen und dem Ersatz von Kriegsmaterial. (Nach dem Waffenstillstandsabkommen darf auf beiden Seiten die Anzahl der Truppen sowie der Waffen nicht erhöht werden. Außerdem dürfen die Waffen nicht durch modernere Waffen ersetzt werden.)

Die Südkoreaner wären vermutlich ebenso rasch bereit, die Waffenstillstandsbedingungen zu durchbrechen, wie die Nordkoreaner das bereits getan haben (z. B. Aufbau einer nordkoreanischen Luftwaffe, die 1953 noch nicht bestand). Indessen nehmen die Amerikaner wohlweislich davon Abstand, der Rok-Armee moderne Angriffswaffen zu liefern. Auch wird die Lieferung von Munition und Brennstoff an diese Armee so knapp gehalten, daß nach allgemeiner Schätzung die Vorräte im Kampfesfalle nur sechs Tage ausreichen würden.

Präsident Syngman Rhee

Der 80jährige Dr. Syngman Rhee, der sein Leben lang für die Modernisierung und die Unabhängigkeit seines Landes gekämpft hat (wofür er in seinen jungen Jahren gefoltert wurde und sieben Jahre im Gefängnis verbrachte), ist nicht nur ein enragierter Anti-Kommunist und ein noch fanatischerer Feind Japans, sondern er ist auch seinen amerikanischen Helfern gegenüber kritisch eingestellt. Das letztere vor allem, weil er mit dem Waffenstillstand unzufrieden ist und eine Eroberung Nordkoreas vorgezogen hätte und weil er außerdem mit dem wirtschaftlichen Aufbau der Rok, so wie die Amerikaner ihn in Angriff nahmen, nicht ganz einverstanden ist (nach seiner Meinung wurde der industrielle Aufbau bisher vernachlässigt).

Die südkoreanische Politik geht von dem Grundgedanken aus, daß der dritte Weltkrieg unvermeidlich ist. Deshalb werden die versöhnlichen Strömungen in der jetzigen internationalen Politik mit abgrundtiefem Mißtrauen betrachtet. Es ist insofern schwierig, mit südkoreanischen Politikern über dieses Problem zu argumentieren, als Dr. Rhee mit seinen Voraussagen bisher fast immer Recht hatte. Er hat den japanischen Einfall in China und die weiteren japanischen Eroberungszüge vorausgesagt sowie die spätere amerikanische Politik in China kritisiert, er hat vor der Sowjetunion gewarnt, als diese noch mehr oder weniger als Bundesgenosse galt, und er hat 1949 und 1950 energisch auf die nordkoreanischen Angriffsabsichten hingewiesen.

Das Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion

Als ich — Anfang Juli — Gelegenheit hatte, mit dem Präsidenten zu sprechen, äußerte er sich jedoch über die kommunistische Seite relativ milde. Er erklärte: «Es besteht Hoffnung für friedliche Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Korea auf der einen Seite und zwischen Rotchina und Korea auf der andern Seite, wenn die chinesischen kommunistischen Streitkräfte aus Nordkorea zurückgezogen werden. Sie hätten nie in Nordkorea eindringen sollen. Zwischen Korea und China bestanden in der Vergangenheit freundschaftliche Beziehungen, und die koreanisch-russischen Beziehungen waren immer herzlich. Auch jetzt würden keinerlei Schwierigkeiten zwischen diesen Ländern bestehen, wenn die aggressiven Streitkräfte zurückgezogen werden würden... Die Welt wartet ab, um zu sehen, wie aufrichtig es die Sowjetunion mit ihrem Wunsche für eine friedliche Beilegung der bestehenden Probleme meint.»

Der springende Punkt liegt natürlich in der Forderung, daß die rotchinesischen Truppen aus Nordkorea zurückgezogen werden sollten — eine Möglichkeit, an die Dr. Rhee im Grunde seines Herzens kaum glaubt. So hat er ungefähr gleichzeitig in andern Interviews vor Verhandlungen mit der Sowjetunion gewarnt und hinzugefügt, daß die Rok sich augenblicklich in ihrem Kampfe gegen den Kommunismus verraten fühle.

Japan wird gehaßt

Indessen waren die Äußerungen Dr. Rhee Japan gegenüber — und das ist die Regel — bedeutend schärfer als den kommunistischen Ländern gegenüber. Er sprach von «der aggressiven Haltung der japanischen Regierung», von den «japanischen Vermögensansprüchen in Korea, die bedeuteten, daß Korea von den Japanern immer noch als ein Teil Japans betrachtet würde», und erklärte schlußendlich: «Ich versichere Ihnen, daß wir der Beschimpfungen und Erniedrigungen (seitens der Japaner) satt sind.» In der Vermögensfrage liegt wohl die Hauptursache für die mißlichen Beziehungen zwischen der Rok und Japan. Bei Kriegsschluß 1945 waren 85 Prozent der Vermögenswerte in Korea in japanischen Händen. Diese Werte wurden in Südkorea von der damaligen amerikanischen Besatzungsbehörde beschlagnahmt und nach der Gründung der Rok-Regierung im Jahre 1948 dieser übergeben. Japan hat diese Transaktion durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages von San Franzisko (Art. 4) anerkannt. Trotzdem erhebt die japanische Regierung Ansprüche auf diese Vermögenswerte in ihrer früheren Kolonie. Dabei scheint sich die japanische Regierung auf das Argument zu stützen, daß die Gründung der Rok im Jahre 1948 illegal erfolgte, weil Japan zu diesem Zeitpunkt den Friedensvertrag noch nicht unterzeichnet, also noch nicht auf das koreanische Gebiet verzichtet hatte. Daß die Südkoreaner, deren Staat in vollem Einverständnis mit den Siegermächten (mit Ausnahme der Sowjetunion) gegründet wurde, nicht bereit sind, einen sozusagen sehr großen Teil ihres Landes den früheren Fremdherrschern zurückzugeben, von denen sie 40 Jahre lang rücksichtslos ausgebeutet und ausgeplündert wurden, ist begreiflich.

Die Schuld Japans

Wenn im allgemeinen die Schuld für die schlechten Beziehungen zwischen den beiden Ländern dem Japanhasser Syngman Rhee in die Schuhe geschoben wird, so werden dabei diese und andere Tatsachen vergessen. Japan, das die Koreaner nach wie vor verachtet, hat sich bisher noch nicht zu einer versöhnlichen Geste herbeigefunden. Das Inselreich ist sich bewußt, daß es für die Vereinigten Staaten von größerem Interesse ist als die Rok und versteht es, diese Situation auszunützen. Syngman Rhee wäre vermutlich eher bereit, mit dem kommunistischen Block in Frieden zu leben als mit Japan. Er fürchtet, da sein Land wirtschaftlich auf schwachen Füßen steht und industriearm ist, eine neue wirtschaftliche Durchdringung seitens der Japaner — wobei im Hintergrund das alte Gespenst der Fremdherrschaft gewittert wird.

Das unersprießliche Verhältnis zwischen der Rok und Japan wird weiterbestehen, solange die japanische Regierung bei ihrer anfechtbaren Einstellung bleibt. Denn solange wird Dr. Rhee und seinen antijapanischen Anhängern der Rücken gestärkt, während die japanfreundlichen Koreaner ins Unrecht versetzt werden. Doch Japan, das seine Beziehungen zum kommunistischen Block zu verbessern gedenkt, zeigt nach wie vor die kalte Schulter. Manche japanischen Zeitungen schreiben offen, daß es an der Zeit sei, die Beziehungen zu Nordkorea — und nicht etwa zu Südkorea — zu verbessern. Es scheint, daß die Amerikaner sich neuerdings etwas energischer um diese Probleme bemühen, indem sie vor kurzem einen wenn auch vorläufig etwas schüchternen Versuch unternommen haben, die unterbrochenen Rok-japanischen Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Wie schwierig das ist, mögen die obigen Ausführungen angezeigt haben. Denn es handelt sich, genau genommen, nicht nur um ein lokales Problem, vielmehr ist Südkorea, wie andere Länder auch, ein Opfer der internationalen politischen Lage.

Lily Abegg